

Verwaltung

Rat ö 13.12.2011

Beschwerde- und Ideenmanagement 2000 (CDU-Fraktion)

Beratungsverlauf:

Herr Bertels begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Er verweist auf die Erfahrungen aus den Sitzungen der Bürgerforen, in denen Anregungen, Beschwerden und Hinweise der Bürger deutlich machen, welch großes Potenzial hier vorhanden ist, das bisher insbesondere bezüglich junger Menschen nicht völlig ausgeschöpft wird. Er verdeutlicht, dass das Verwaltungshandeln durch die Einrichtung einer App transparenter werde, und spricht sich ebenfalls für die Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus.

Herr Dr. Jürgensen erläutert das derzeitige Verfahren, in dessen Rahmen es bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit gebe, Beschwerden, Kritik und Anregungen per E-Mail an die Stadtverwaltung zu richten. Die E-Mail-Anschrift findet sich auf der städtischen Internetseite. Die E-Mails laufen im Presseamt auf und werden von dort an die Fachbereiche weiter verteilt.

Zurzeit werde eine Osnabrück App in Zusammenarbeit mit Studenten und Professoren der Hochschule vorbereitet, in die eine Beschwerde- und Vorschlagsfunktion integriert sei. Geplant ist, dass diese App im ersten Quartal des kommenden Jahres fertig sei. Die bisherigen Möglichkeiten werden bereits umfangreich genutzt.

Herr Panzer unterbreitet namens der SPD-Fraktion den folgenden Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Verwaltung möge prüfen, wie ein zeitgemäßes Beschwerde- und Ideenmanagement für alle Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt werden kann. Die damit verbundenen Kosten sind dabei ebenso darzustellen wie der nötige Personalaufwand.

Zum einen durch Apps für (...) möglich ist (Text bleibt unverändert).

Das Prüfungsergebnis ist sowohl dem Organisations-, Personal- und Gleichstellungsausschuss, wie dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung vorzulegen.“

Er sieht es ebenfalls als erforderlich an, künftig auf schnellere und modernere Art Anregungen an die Stadtverwaltung richten zu können; mit dem neuen Angebot einhergehen muss ein Konzept, wie innerhalb von 24 Stunden eine Reaktion durch die Verwaltung sicherzustellen ist. Im Hinblick hierauf werde eine verwaltungsinterne Prüfung zunächst für erforderlich gehalten.

Herr Wurm äußert sich namens der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen positiv zu dem Anliegen des Antrages, künftig mehr Bürgerbeteiligung einzuräumen. Das Vorhaben sieht er als wichtigen Beitrag zur Beteiligung junger Leute. Auch er spricht sich für eine vorgeschaltete verwaltungsinterne Prüfung aus.

Herr Dr. Thiele begrüßt namens der FDP-Fraktion die der Antragstellung zugrunde liegende Idee.

Herr ter Veer spricht sich namens der Fraktion UWG Piraten im Hinblick auf die für erforderlich gehaltene Serviceversprechung für die Annahme des Änderungsantrages aus und fordert, insbesondere seien zunächst die Kosten- und Personalfragen zu klären. Er verweist darauf, dass es bereits kommunenangepasste Software für entsprechende Anwendungen gebe.

Frau Pötter hält namens der CDU-Fraktion die bisher bereitstehende E-Mail-Funktion für nicht mehr ausreichend und legt dar, dass die CDU-Fraktion sich den Inhalt des Änderungsantrages ebenfalls zu eigen mache.

Abweichender Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung möge prüfen, wie ein zeitgemäßes Beschwerde- und Ideenmanagement für alle Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt werden kann. Die damit verbundenen Kosten sind dabei ebenso darzustellen, wie der nötige Personalaufwand. Zum einen durch Apps für mobile Endgeräte und zum anderen durch eine entsprechende Internetseite.

Als Beispiele seien Angebote wie „SeeClickFix“, „FixMyStreet“, „HalloHier!“ oder „Ideen und Mängel“ (aus Basis von „tellme“) aus unserer Nachbarstadt Georgsmarienhütte genannt. Im nächsten Organisations-, Personal- und Gleichstellungsausschuss soll berichtet werden, was zu welchen Kosten in welchem zeitlichen Rahmen möglich ist.

Das Prüfungsergebnis ist sowohl dem Organisations-, Personal- und Gleichstellungsausschuss, wie dem Ausschuss für Finanzen- und Beteiligungssteuerung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der abweichende Beschluss wird einstimmig angenommen.